

# Integrierte Stadtentwicklung: ein Wechselspiel



Torsten Albig

Die Höhe von Wahlbeteiligungen kann ein verlässlicher Indikator sein, wie viele Menschen sich mit Politik und staatlichen Institutionen identifizieren: Je weniger Menschen sich am politischen Willensbildungsprozess beteiligen, desto weniger identifizieren sich mit dem Geschehen in den Rathäusern.

Wir können in unserer Gesellschaft beobachten, dass sich immer mehr Bürger von der Politik entfernen. Die Wahlbeteiligung sinkt im Allgemeinen und im Besonderen in städtischen Bezirken, in denen sich soziale Problemlagen häufen. Doch Städte sind auf ihre Einwohnerinnen und Einwohner und auch auf deren aktive Mitwirkung angewiesen. Wenn sich Menschen in ihrem persönlichen Umfeld nicht mehr einbringen, steigt die Gefahr der Verelendung und Problemviertel entstehen. Seit langem ist dieser Prozess in vielen Städten zu beobachten.

Andererseits sind aber auch Einwohner auf ihre Städte und die, die sie regieren und verwalten, angewiesen. Der Einzelne wird es nicht schaffen, eine integrierte Stadtentwicklung im Sinne einer prosperierenden Gesamt-Stadt anzustoßen. Und so entsteht das Wechselspiel. Das Zusammenspiel zwischen Bürgern sowie Politik und Verwaltung ist immer seltener ein wirkliches Zusammenspiel. Die Menschen fühlen sich nicht verstanden und ernst genommen, sie vermissen Wertschätzung. Und Politik und Verwaltung haben in vielen Fällen durch Kurzfristigkeit und „Häppchenpolitik“ ihren Anteil an dieser Wahrnehmung.

Um gemeinsam die Zukunft zu gestalten, muss dieses Spiel wieder als Mannschaftsspiel verstanden und nach fairen Regeln ausgetragen werden. Dabei geht es nicht nur darum, Bürgerbeteiligungsergebnisse als Steilvorlage für weitere Diskussionen zu nehmen oder auch neue Wege in der Beteiligungskultur zu beschreiten. In Kiel betreiben wir beispielsweise in drei benachteiligten Stadtteilen Stadtteilbüros, um möglichst dicht an den Menschen zu sein, um zu hören, wo der „Schuh drückt“. Die Einrichtung dialogorientierter Kommunikationsinstrumente wie ein Bürgerportal und Präsenz in Sozialen Netzwerken stehen noch in diesem Jahr bevor. Zukünftig werden sich Parteien überlegen müssen, ob Parteitage auch als Bürgerparteitage abgehalten werden können, um die Menschen an der Willensbildung wieder stärker zu beteiligen.

Es geht auch darum, den Menschen eine inhaltliche Orientierung zu bieten. Arbeitslosigkeit ist und bleibt das schwierigste Thema für Menschen. Ohne die Wertschätzung, die Menschen über Arbeit erfahren, wird es schwierig, sie in die stadtentwicklungspolitische Debatte einzubinden. Wir werden uns deshalb in Zukunft noch viel mehr darum bemühen müssen, den Menschen wieder Orientierung über die Teilhabe am System zu geben. Das wichtigste Gut, das wir den Menschen in diesem Sinne geben können, ist die „Eintrittskarte Bildung“. Je früher wir besonders junge Menschen mit schwierigem sozialen Hintergrund ausbilden können, desto chancenreicher gehen sie in die Zukunft. Bildung ist der Schlüssel für unsere Kinder in die Zukunft. Mängel im bestehenden System müssen zügig identifiziert und beseitigt werden.

Auch gilt es, die Arbeitsmarktförderung zu überdenken. Viele Maßnahmen sind momentan noch durch Kurzfristigkeit gekennzeichnet, die allzu schnell wieder in die gesellschaftliche Isolation führt. Wir müssen dringend darüber nachdenken, wie wir dies ändern können. Steigende Sozialkosten dürfen eine nachhaltige Verbesserung der Stadtentwicklung nicht noch mehr beeinträchtigen. Und wir werden auch darüber nachdenken müssen, wie wir mit denen umgehen, die sich verweigern. Jede Stadt muss akzeptieren, dass Menschen Hilfe benötigen. Aber es darf nicht darum gehen, sich im Sozialsystem auszuruhen. Menschen müssen nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten beschäftigt werden. Das zeigt ihnen, dass sich Arbeit lohnt. Sozialtransfers müssen deshalb an sinnvolle Gegenleistung geknüpft bleiben.

Die Landeshauptstadt Kiel hat sich in das vhw-Städtenetzwerk eingebracht, um auf meine hier kurz skizzierten Fragen Antworten zu finden. Ich glaube allerdings, dass wir uns alle darauf einstellen müssen, nicht in Legislaturperioden, sondern in längeren Zeiträumen zu denken. Wir müssen alle Kraft daran setzen, effektivere Schritte als bisher zu finden, um gemeinsam mit den Bürgern vor Ort eine nachhaltige Stadtentwicklung auszubauen. Diese muss langfristig durch Vertrauen Mehrwerte schaffen, von denen alle profitieren. Teilhabe und Demokratie müssen jeden Tag wieder erlebbar sein, um das Gemeinwesen vital und kraftvoll zu erhalten.

Torsten Albig  
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel